



## BERLIN AKTUELL

Ausgabe 190  
15. März 2019

### EINWURF

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

was braucht unser Rechtsstaat?  
Mehr Polizisten? Mehr Richter und  
Staatsanwälte? Eine schnellere Justiz?  
Härtere Srafen? Neue Gesetze?

Über all diese Frage diskutieren wir als  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurzeit  
im Rahmen der Kampagne „Starker  
Staat“ und möchten hierzu gerne mit  
Ihnen in den Dialog treten.

## #StarkerStaat

Deutschland spricht über den Rechtsstaat.

Jetzt mitdiskutieren!



Foto: CDU/CSU

Ich lade Sie ein, in den sozialen Netz-  
werken mitzudiskutieren. Sollten Sie  
dort nicht aktiv sein, können Sie sich  
gerne auch per E-Mail ([patrick.schnieder@bundestag.de](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de)) an mich wenden  
oder wir vereinbaren einen persönli-  
chen Gesprächstermin (Terminverein-  
barung unter: 030/227 71881).

Ich wünsche viel Spaß bei der Lektüre  
von „Berlin aktuell“!

Herzliche Grüße  
Ihr Patrick Schnieder

### VERKEHR

#### Nicht länger mit Kanonen auf Spatzen schießen

Seit mittlerweile zwei Jahren beschäf-  
tigt eine leidige Debatte um Stickoxide  
und Fahrverbote die Bundesrepublik.  
Während sich zweifelhafte Akteure wie  
die Deutsche Umwelthilfe mit Forde-  
rungen nach flächendeckenden Fahr-  
verboten überbieten, gab es in dieser  
Woche die lang erhoffte Wende.

Im Zentrum der Debatte stehen die  
Grenzwerte für Stickoxide. Zum Schutz  
der Gesundheit wurde auf europäischer  
Ebene für Stickoxide ein Jahresgren-  
zwert von 40 Mikrogramm (pro Kubik-  
meter Luft) festgelegt. Bei Überschrei-  
tung der Grenzwerte drohen gerichtlich  
angeordnete Fahrverbote.

Während in der öffentlichen Wahrneh-  
mung und der Medienberichterstattung  
gelegentlich der Eindruck entsteht, dass  
sich die Luftqualität in Deutschland zu-  
nehmend verschlechtert, ist das Gegen-  
teil der Fall. Im Jahr 2018 ist nicht nur  
die Anzahl der Tage, an denen an deut-  
schen Messstationen die Grenzwerte  
für Feinstaub überschritten wurden,  
zum erneuten Male zurückgegangen,  
auch die Stickoxid-Werte in deutschen  
Städten sinken kontinuierlich. Haben  
im Jahr 2016 noch 90 Städte die Gren-  
zwerte überschritten, ist die Zahl der  
betroffenen Städte im Jahr 2017 auf 65  
und nach vorläufigen Berechnungen im  
Jahr 2018 auf unter 60 gesunken.

Zwei Drittel der betroffenen Städte wei-

sen Messwerte auf, die sich im Korridor  
zwischen 40 und 50 Mikrogramm Sticks-  
oxid bewegen. Das Förderprogramm des  
Bundes, die gemeinsamen Initiativen  
von Bund, Ländern und Kommunen so-  
wie die stetige Erneuerung der Fahrzeu-  
ge auf den Straßen sorgen jedoch dafür,  
dass diese Städte in wenigen Jahren aus  
der Liste der betroffenen Städte heraus-  
fallen werden. Vor diesem Hintergrund  
Fahrverbote zu verhängen, halten mei-  
ne Kollegen der CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion und ich für unverhältnismäßig  
und überzogen. Aus diesem Grund ha-  
ben wir in dieser Woche eine Änderung  
des Bundes-Immissionsschutzgesetzes  
beschlossen.

Wir gehen davon aus, dass Fahrverbo-  
te bei geringfügigen Grenzwertüber-  
schreitungen bis 50 Mikrogramm nicht  
erforderlich sind, da die bestehenden  
Maßnahmen ausreichen werden, um  
die Grenzwerte spätestens in weni-  
gen Jahren einhalten zu können. Mit  
der Änderung des Bundes-Immissions-  
schutzgesetzes stellen wir daher sicher,  
dass Fahrverbote in der Regel erst bei  
Grenzwerten von mindestens 50 Mik-  
rogramm im Jahresmittel verhängt wer-  
den.

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit  
werden Fahrzeuge mit sehr geringen  
Stickoxidemissionen (weniger als 270  
mg pro Kilometer) von Fahrverboten  
ausgenommen, ebenso Abfallsammel-

fahrzeuge sowie Handwerker- und Lieferfahrzeuge mit bestehenden Nachrüstungen.

Gleichzeitig eröffnen wir den Kommunen Spielräume, eigene Ausnahmen zu erlassen, und geben Ihnen ein rechtliches Mittel an die Hand, um stichprobenartige Kontrollen von Straßen durchzuführen, für die ein Fahrverbot besteht. Ob die Kommunen davon Gebrauch machen, entscheiden sie selbst. Unser Ziel ist es nicht, die bestehenden

Grenzwerte aufzuweichen, andernfalls hätte uns die Europäische Kommission auch nicht ihre Zustimmung zu den Änderungen erteilt. Unser Ziel bestand von Anfang an darin, Fahrverbote zu vermeiden, und dort, wo sie sich nicht vermeiden lassen, unnötige Härten für Bürger und Wirtschaft abzufedern.

Es ist unsere Überzeugung, dass die Akzeptanz der Bevölkerung für die bestehenden europäischen Grenzwerte nur erreicht werden kann, wenn die Maß-

nahmen zur Einhaltung der Grenzwerte von Verhältnismäßigkeit und Pragmatismus getragen sind. Das Einhalten der Grenzwerte und der Fortbestand der Alltagsgewohnheiten und Mobilitätsoptionen der Bürger müssen vereinbar sein. Jedem ideologisch motivierten Angriff auf die Mobilität der Bürger werden wir uns auch in Zukunft in gleicher Weise entgegenstellen wie wir es diese Woche mit den beschlossenen Gesetzentwürfen getan haben.

## EHRENAMT

### Deutscher Bürgerpreis 2019 in Bitburg verliehen



Gemeinsam mit der Kreissparkasse Bitburg-Prüm und dem Landkreis Bitburg-Prüm habe ich in diesem Jahr wieder den Bürgerpreis 2019 unter dem Motto „Natur schützen und erleben“ verliehen. Mit dem Bürgerpreis wird herausragendes Engagement für die Menschen und die Gesellschaft geehrt. Meine herzliche Gratulation allen Preisträgern.

## WIRTSCHAFT

### Ausbildungsmesse TAKE OFF in Wittlich



Bei der Ausbildungsmesse TAKE OFF in Wittlich stellten sich 50 Unternehmen mit über 100 Ausbildungsberufen vor. Eine starke Präsentation regionaler Unternehmen, Organisationen, Verwaltungen und Schulen.

## HANDWERK

### Schreinerei Bernard erhält Denkmalschutzpreis



Die Schreinerei Bernard von Inhaber Eduard Schiefer mit Sitz in Schalkenmehren wurde für ihre Arbeiten an der Friedhofskapelle in Trier mit dem Bundespreis für Handwerk in der Denkmalpflege 2018 in der Kategorie Tischlerhandwerk ausgezeichnet. In der vergangenen Woche konnte ich persönlich gratulieren und mir ein Bild vom Betrieb und der Handwerkskunst machen. Mit dabei waren auch der Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Dirk Kleis sowie der Ortsbürgermeister von Schalkenmehren Peter Hartogh.



## BUNDESWEHR

### Zu Besuch beim IT Bataillon 281 in Gerolstein



Foto: IT BTL 281

Gemeinsam mit Gordon Schnieder MdL war ich zu Besuch auf „Windiger Höhe“. Im Gespräch mit dem Kommandeur des IT Bataillons 281 Oberstleutnant Christian Sohns ging es um die Situation, Herausforderungen sowie Perspektiven des Bundeswehr-Standortes. Auch an dieser Stelle einen großen Dank für die stets ausgezeichnete Zusammenarbeit.

## CDU

### Politischer Aschermittwoch und Heringessen



Foto: Schnieder

Gute Stimmung war sowohl beim Pol. Aschermittwoch in Daun (Foto oben) mit Festredner Dr. Christopher Gensch MdL sowie beim Heringessen des CDU-Stadtverbandes Prüm (Foto unten) angesagt.



Foto: Schnieder

## GESUNDHEIT

### Schnellere Arzttermine, mehr Kassenleistungen und bessere Versorgung im ländlichen Raum

In dieser Woche hat der Bundestag das Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung (Terminservice- und Versorgungsgesetz – TSVG) verabschiedet. Ziel ist es, die ärztliche Versorgung von gesetzlich Versicherten zu verbessern. Daher bündelt das Gesetz eine ganze Reihe von Maßnahmen, über die ich Ihnen gerne einen Überblick gebe.

#### **Schnellere Arzttermine**

Das Mindestsprechstundenangebot von niedergelassenen Ärzten für Kassenpatienten wird von 20 auf 25 Stunden erhöht. Gleichzeitig müssen auch Fachärzte künftig offene Sprechstunden für gesetzlich Versicherte anbieten. Für eine schnellere Versorgung und erbrachte Mehrleistungen erhalten Ärzte selbstverständlich eine bessere Vergütung. So bekommen beispielsweise endlich diejenigen Ärzte mehr Geld, die sich nicht scheuen, neue Patienten aufzunehmen. Extra vergütet wird auch, wenn Ärzte (zusätzliche) offene Sprechstunden anbieten. Erhalten Patienten beim Arzt besonders schnell einen Termin, können die Ärzte zusätzlich zur extrabudgetären Vergütung mit Zuschlägen von bis zu 50 Prozent rechnen. Darüber hinaus weiten die bereits eingerichteten Terminservicestellen ihr Angebot aus. Ab 1. Januar 2020 sind sie rund um die Uhr (24/7) unter der bundeseinheitlichen Rufnummer 116117 erreichbar. Termine können aber auch online oder per App vereinbart werden.

#### **Mehr Kassenleistungen**

Mit dem TSVG erweitern wir auch die Leistungen der Krankenkassen. Beispielsweise erhöhen wir die Festzuschüsse der gesetzlichen Krankenversicherung bei einem Zahnersatz bereits ab Oktober 2020 von 50 auf 60 Prozent. Außerdem finanzieren die gesetzlichen Krankenkassen künftig das Einfrieren von Ei- und Samenzellen, wenn ein Patient - zum Beispiel nach einer Krebserkrankung - voraussichtlich unfruchtbar sein wird. Mit dem Gesetz verpflichten wir die Krankenkassen zudem, bis spätestens 2021 ihren Versicherten eine

elektronische Patientenakte zur Verfügung zu stellen. Patienten sollen so die Möglichkeit erhalten, mit Smartphone oder Tablet auf ihre medizinischen Daten zugreifen zu können. Auch Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen sollen ab 2021 digital zwischen Arzt und Krankenkasse ausgetauscht werden können.

#### **Bessere Versorgung im ländlichen Raum**

Mit dem Gesetz stärken wir besonders den ländlichen Raum. So können die Bundesländer in dünn besiedelten oder strukturschwachen Gebieten auf Zulassungssperren für Arztpraxen verzichten. Zudem unterstützen wir diejenigen Ärzte, die in wirtschaftlich schwächeren und vertragsärztlich unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren, über regionale Zuschläge ganz besonders. Auch die Kassenärztlichen Vereinigungen nehmen wir stärker in die Pflicht. Gibt es in einer Region zu wenige Ärzte, sind sie künftig dazu verpflichtet, eigene Praxen zu eröffnen oder mobile und telemedizinische Alternativen anzubieten. In der Telemedizin liegen weitere Chancen für die Verbesserung der medizinischen Versorgung auf dem Land. So müssen sich Patienten nicht mehr für jede Nachfrage oder Nachuntersuchung auf den Weg zum Arzt machen. Vieles lässt sich hier beispielsweise über eine Videosprechstunde klären. Die Verbesserung der Versorgung im ländlichen Raum war uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein besonders wichtiges Anliegen. Dafür haben wir uns im Koalitionsvertrag stark gemacht und daran werden wir gezielt weiterarbeiten.

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:  
Patrick Schnieder MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227 71881  
Fax: 030/227 76240

[E-Mail](#) • [Webseite](#)  
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)